

Johannes Gutenberg-Universität Mainz
Institut für Film-, Theater- und empirische Kulturwissenschaft
Fach Kulturanthropologie/Volkskunde

„Ein langes Leben umsonst gelebt“?

Der „Fall“ Franz Bögler

von

Katrin Bergmann & Anna-Lena Lorenz

In: Roth, Jonathan (Hg.) (2013). Sozialdemokratie in
Rheinland-Pfalz – Dokumente aus drei Jahrhunderten.
www.sozialdemokratie-rlp.de

[katrin_bergmann@hotmail.com]
[anlorenz@students.uni-mainz.de]

2013

Inhalt

1	Ein Fall und seine Geschichte	1
2	Franz Bögler im Widerstand	1
3	Politischer Aufstieg in der Nachkriegszeit	4
4	Der „Fall Bögler“ 1960 – 1962	6
	4.1 Der DRP-Skandal.....	6
	4.2 Der „Fall“ und seine Folgen.....	8
5	Ein Leben als Fall?	10
	Literatur	11
	Quellen	12
	Bildnachweis	12

Abstract

Franz Bögler (1902–1976) war Pfälzer, Sozialdemokrat, Widerstandskämpfer und eine zentrale Figur des politischen Neuanfangs nach 1945 in Rheinland-Pfalz. Franz Bögler war auch ein machtbewusster und streitbarer Politiker. Der „rote Kurfürst“ sorgte immer wieder für Schlagzeilen, bis eine Reihe von Skandalen in den 1950er und 1960er Jahren zu seinem Parteiausschluss führten. Diese Dokumentgeschichte erzählt vom Ende einer wechselhaften politischen Karriere.

1 Ein Fall und seine Geschichte

Ein „falscher und böswilliger Politiker“ (Küppers 1990, 160) wurde er genannt, „fintenreich und taktisch höchst versiert“ (Grass 1986, 278). Franz Bögler, der sein Leben der Sozialdemokratie und vor allem der pfälzischen SPD verschrieben hatte, bekleidete im Laufe seiner Karriere zahlreiche Ämter.

Angefangen in Speyer als Fraktionsvorsitzender der SPD und Stadtratsmitglied, kämpfte er nach Hitlers Machtergreifung als Grenzsekretär der SoPaDe im Widerstand gegen die Nationalsozialisten im Exil. Er kehrte mit großen Ambitionen zurück in die Pfalz, wurde Vorsitzender des Bezirkstages und Oberregierungspräsident. 15 Jahre lang war er der Kopf der pfälzischen SPD. Sein dominanter Charakter brachte ihm den Beinamen „roter Kurfürst“ ein und sorgte nicht nur bei den gegnerischen Parteien für Unruhe und Misstrauen. War er mehr Anführer als Genosse? War ihm am Ende jedes Mittel recht, um an der Macht zu bleiben?

In Franz Böglers Nachlass im Landesarchiv Speyer findet sich ein Brief vom 1. Oktober 1961 an den Parteivorsitzenden Erich Ollenhauer (1901–1963). Bögler, der zu diesem Zeitpunkt seinem Karriereende entgegensah, beklagt sich mit scharfen Worten über die Intrigen und üblen Nachreden, die seiner Person galten (Abb. 1). Er schließt den Brief mit einem emotionalen Appell:

„Darf ich [...] nun endlich erwarten, dass Ihr mir Genugtuung verschafft oder gilt die Feststellung, die ich für mich bereits getroffen habe, dass ich ein langes Leben für eine Idee und eine Bewegung umsonst gelebt habe.
Mit sozialistischem Gruss! Franz Bögler.“¹

Wie kam es dazu, dass Franz Bögler, ein stets überzeugter und engagierter SPD-Politiker, zu solch einer Äußerung fähig war? Diese Dokumentgeschichte rollt das Leben des pfälzischen Politikers auf, um das Ende seiner Karriere begreiflich zu machen.

2 Franz Bögler im Widerstand

Franz Bögler wurde am 4. Dezember 1902 in Speyer geboren und trat mit bereits 19 Jahren in die SPD ein. Im Alter von 25 Jahren wurde er Stadtratsmitglied sowie Fraktionsvorsitzender seiner Partei in Speyer. 1929 übernahm er die Funktion des hauptamtlichen Parteisekretärs der pfälzischen SPD (vgl. Grass 1986, 277). Seine politischen Ambitionen und sein überzeugtes Eintreten für unveräußerliche Grundwerte im Namen seiner Partei sollte Bögler vor allem in den nachfolgenden Jahren unter Beweis stellen.

¹ LASP, Franz Bögler an Erich Ollenhauer, 01. 10. 1961.

Speyer 1. Oktober 1961
Am Rosensteiner Hang 11

Werter Genosse Ollenhauer,

Über die gegen mich aufgezugene Affaire Moritz-Bolz habe ich über alle Vorgänge, so über die zwei Verhandlungen der vom Bezirksvorstand eingesetzten kleinen Kommission und eine Reihe von Einzelverhandlungen vor Genossen mit dem Moritz Aktenvermerke gefertigt, sodass diese Vorgänge in jeder Einzelheit festgelegt sind. Obwohl ich keine Gelegenheit fand diese Sache vor der Wahl zu bereinigen und mich schweren Herzens dem Verlangen beugen musste bis nach der Wahl zu warten, bin ich bis heute schwer ins Unrecht gesetzt. Ihr habt in Bonn von Moritz verlangt, dass er keinerlei Schritte unternehmen dürfe, das allein sei die Voraussetzung für seine Beschäftigung während des Wahlkampfes und für seine Weiterverwendung nach der Wahl. Trotzdem hat Moritz gegen mehrere Genossen Prozesse angedroht und gegen den ~~Bezirks-~~ sekretär Lammert und gegen mich Strafanträge gestellt, bzw. durch die Familie Bolz veranlasst. Obwohl diese Vorgänge in Bonn bekannt sind konnte Moritz tätig sein. Jetzt steht sogar fest, dass er nicht einmal den Strafantrag gegen den Gen. Lammert zurückgenommen hat.

In den letzten Tagen haben sich nun Vorgänge abgespielt, die mir gestern bekannt wurden und die in zwei hier beigelegten Aktenvermerken festgehalten sind. Ich weiss, dass es schwierig sein wird, dass sich bei der derzeitigen politischen Belastung jemand die Zeit nehmen wird, diese beiden Aktenvermerke genau zu studieren und Überlegungen anzustellen, die zu Schlussfolgerungen führen müssen, was mit mir eigentlich getrieben wird. Dieses Martyrium halte ich einfach nicht mehr aus.

Aus meinen übrigen Unterlagen ist das Motiv dieses geisteskranken Verbrechers Moritz ganz eindeutig feststellbar. Von der Stunde an, als wir den Gen. Lammert als Bildungssekretär einstellten, fürchtete Moritz, dass Lammert ihn eines Tages als Bezirkssekretär ersetzen könnte. Er hat das in Gesprächen offen zum Ausdruck gebracht. Seine Überlegung ging nun dahin, wenn er mich beseitige, dann gäbe es keinen Parteivorsitzenden in der Pfalz, der sich so eingehend mit den Parteigeschäften beschäftige, wie ich das seit mehr als 15 Jahren tue. Dann würden er und die anderen Sekretäre die Partei beherrschen, wie er sich ausdrückte.

Darf ich nach den hier neu festgehaltenen Vorgängen nun endlich erwarten, dass Ihr mit Genugtuung verschafft oder gilt die Feststellung, die ich für mich bereits getroffen habe, dass ich ein langes Leben für eine Idee und eine Bewegung umsonst gelebt habe.

Mit sozialistischem Gruss!



Abb. 1: Brief von Franz Böglér an Erich Ollenhauer vom 1. Oktober 1961

Im Exil

Mit den letzten Reichstagswahlen im März 1933 wurde die Situation zunehmend bedrohlicher für Sozialdemokraten. Wie viele andere SPD-Funktions- und Mandatsträger in der Pfalz geriet auch Bögler kurzzeitig in „Schutzhaft“ (vgl. Kaiser 1999, 678). Das hinderte ihn allerdings nicht daran, sich weiterhin politisch zu engagieren. Im April 1933 zog Bögler in den bayerischen Landtag ein und bildete mit 17 weiteren Sozialdemokraten letztmalig eine eigene Fraktion (vgl. Bayern-SPD 1999). Bögler blieb bis zum endgültigen Verbot der SPD am 22. Juni 1933 aktiv, musste dann jedoch fliehen.

Zunächst verblieb er im Saargebiet, das noch unter der Verwaltung des Völkerbundes stand, wurde aber im August von seiner Partei nach Trautenau (Trutnov) in die Tschechoslowakei geschickt (vgl. Kaiser 1999, 678). Im Prager Exil hatte sich der Vorstand der SPD am 2. Juni zur SoPaDe formiert. Bögler wurde nun als Grenzsekretär in den Gebieten Mittel- und Oberschlesien eingesetzt und schmuggelte Tarnbroschüren nach Deutschland (vgl. Bayern-SPD 1999). Doch Bögler verfolgte bald eigene Vorstellungen von der Widerstandsarbeit. Konflikte mit dem Vorstand der SoPaDe blieben nicht aus, etwa wegen seines Engagements in der linken Widerstandsorganisation „Neu Beginnen“, der er sich 1934 anschloss. Sein Amt als Grenzsekretär übte Bögler dennoch weiter aus, da sich die Zahl der Widerstandskämpfer in der Tschechoslowakei verringerte (vgl. Kaiser 1999, 678). Allerdings stand er nun unter Beobachtung.

Fluchtpläne

Für die SoPaDe wurde die Exilarbeit 1938 zunehmend schwieriger, da das nationalsozialistische Regime Druck auf die tschechischen Behörden ausübte. Bögler entschied sich gegen den Parteivorstand, der ihm nahe legte, im tschechischen Exil zu verbleiben und beschloss, nach Frankreich zu emigrieren, um seine Kontakte in der Pfalz effektiver mobilisieren zu können und ein neues Grenzsekretariat im Elsass zu schaffen.

Der Vorstand lehnte Böglers Umsiedelung zunächst ab, befürwortete seine Entscheidung wegen der besseren Organisationsmöglichkeit schließlich doch, allerdings mit der Auflage, seine Vorhaben im Elsass zurückzustellen. Da Bögler nach wie vor Mitglied und Kassierer der Oppositionsgruppe „Neu Beginnen“ war, revidierte der Vorstand seine Entscheidung allerdings bald wieder und strich die finanzielle Unterstützung zu Böglers Ausreise (vgl. Kaiser 1999, 679).

Unbeirrter Widerstandskämpfer

Zwar konnte Franz Bögler schließlich mit seiner Familie im Jahr 1938 nach Frankreich ziehen, jedoch geriet er bereits ein Jahr später in Haft und wurde in ein Straflager nach Südfrankreich überführt. Seine Frau Magdalena und sein Sohn mussten unterdessen allein in die USA fliehen. Bögler konnte erst im Jahr 1942 in die Schweiz emigrieren und so dem drohenden Prozess wegen Landesverrats in Deutschland entgehen. Bei Zürich wurde er gefasst und in das Arbeitslager Eggetswil verbracht, aus dem er ein Jahr später entkommen konnte.

Von der Schweiz aus verfolgte er seine politische Arbeit weiter und war 1943 Mitbegründer der Exilgruppe „Union deutscher Sozialisten in der Schweiz“, die in Anlehnung an die 1941 entstandene „Londoner Union der deutschen sozialistischen Organisationen in Großbritannien“ entstand, und leistete so weiter Widerstand gegen den Nationalsozialismus (vgl. Kaiser 1999, 680; Schiffmann, Berkel & Arenz-Morch 2011, 58).

1945 fand sich Bögler mit Christ- und Sozialdemokraten zu der Arbeitsgemeinschaft „Das Demokratische Deutschland“ zusammen, in der es um die politische Neugestaltung des Nachkriegsdeutschlands gehen sollte (vgl. Kaiser 1999, 680). Die Gemeinschaft bestand nicht lange und Bögler kehrte im Jahr 1946 in die Pfalz zurück. Dort sollte er dann selbst wieder tätig werden und seinen Vorstellungen von sozialdemokratischer Politik Ausdruck verleihen – wenn auch zunächst unter französischer Besatzung.

3 Politischer Aufstieg in der Nachkriegszeit

Mit Unterstützung von Kurt Schumacher formierte Franz Bögler in Neustadt an der Weinstraße den sozialdemokratischen Neuanfang in der Region und sah sich schon bald in einer streitbaren Oppositionsrolle. Er bezog offen Stellung gegen die Militärregierung Frankreichs und äußerte 1946 bei einer Zusammenkunft von pfälzischen Politikern und der französischen Besatzungsmacht, dass „eine Länderbildung nicht auf der Grundlage der [...] Besatzungszonen gebildet werden sollte“ (Küppers 1990, 116–117; vgl. auch Der Spiegel 7/1959). Er setzte sich dafür ein, die Pfalz als einen zu Deutschland, nicht aber zu der französischen Besatzungszone, zugehörigen Teil zu betrachten.

Die SPD wollte Bögler zur treibenden Kraft im Land werden lassen. Bereits die Rede zur ersten demokratischen Versammlung in Speyer zeugt von Böglers Enthusiasmus, mit dem er auch Zuhörer begeistern konnte: „Entrollt die rote Fahne! Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!“ (Kaiser 1999, 680), hieß es von ihm zum Ende. Sein Engagement wurde schon im Jahr 1947 belohnt. Er wurde alleiniger Bezirksvorsitzender der pfälzischen SPD und zusätzlich zum Oberregierungspräsidenten ernannt, ein einmaliger Titel im Nachkriegsdeutschland (vgl. Kaiser 1999, 680–681).

Böglers Machtposition in der Pfalz sollte für die rheinland-pfälzische Landesregierung unter Peter Altmeier (1899–1977), die sich im Mai 1947 aus der gescheiterten Allparteien-Regierung um den CDU-Ministerpräsidenten Wilhelm Boden (1890–1961) hervortat, zu einer dauernden Herausforderung werden (vgl. Kusch 1989, 205).

„Landessprengmeister“

Bögler fasste sein Amt als Oberregierungspräsident nicht nur als administratives auf. Er geriet immer wieder in Konflikt mit der französischen Besatzungsmacht und forcierte damit gleichzeitig die Auseinandersetzungen mit der Regierung Altmeier. Bögler vertrat die Auffassung, dass das Gebiet der „Kurpfalz“ als Regierungsbezirk einem Südweststaat (Baden, Württemberg, Hohenzollern) angehören solle; die Gründung eines Landes

Rheinland-Pfalz wäre historisch und wirtschaftlich nicht von Vorteil (vgl. Blank 1995, 241–244). Wegen dieser Auffassung wurde Bögler auch als „Landessprengmeister“ bezeichnet (Der Spiegel 18/1956).

Böglers eigenwilliges Auftreten wurde seitens der Militärregierung hingenommen, da seine Absetzung zu diesem Zeitpunkt womöglich noch mehr Unruhe in die politischen Findungsprozesse im Land gebracht hätte. Erst im Jahr 1949 zog Ministerpräsident Altmeier bei einer Versammlung bezüglich der Koalitionsfrage die Konsequenz aus Böglers offensiver Gegenwehr. Er versetzte ihn als Oberregierungspräsident in den Ruhestand. Schon zu diesem Zeitpunkt war Bögler zu einem „Fall“ geworden (vgl. Küppers 1990, 160–168; Kusch 1989, 205).

Franz Bögler, der „rote Kurfürst“

Trotz dieses Rückschlags verfügte Bögler als Vorsitzender der pfälzischen SPD, Vorsitzender des pfälzischen Bezirkstages, Mitglied des Landtages von Rheinland-Pfalz und Aufsichtsratsvorsitzender der Pfalzwerke AG über eine solide Machtbasis, weshalb er bis 1961 als „Motor der pfälzischen SPD“ (Kaiser 1999, 685) galt. Er profitierte einerseits von seinen Beziehungen zu Angehörigen staatlicher Institutionen und der Wirtschaft, andererseits von seiner Nähe zu Kurt Schuhmacher, mit dem er sich regelmäßig austauschte. Der Historiker Peter Gleber beschreibt dieses Netzwerk treffend als eines, das Bögler zu einem „Sorgenonkel“, Arbeitsvermittler und sogar [...] Karriereförderer“ (Gleber 2003, 68) für andere Parteimitglieder heranwachsen ließ (vgl. Gleber 2003, 66–68).

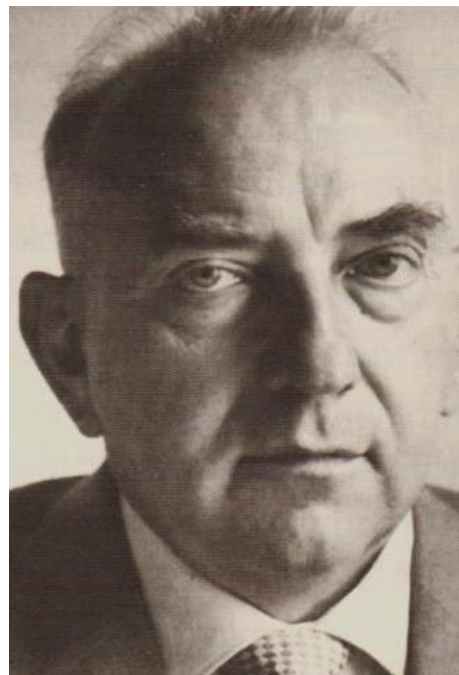


Abb. 1: Franz Bögler. Portrait um 1957

Ämterpatronage in der „Pfalzwerke AG“

1959 versuchte die SPD Bögler „in den Generaldirektorsessel der Pfalzwerke zu heben“ (Der Spiegel 7/1959), wo Bögler bereits im Aufsichtsrat saß. Da ihm das Amt als Ministerpräsidenten wohl versagt bleiben würde, stellte diese Position (auch angesichts einer jährlichen Dotierung in Höhe von 80 000 DM) eine lohnenswerte Alternative dar (vgl. Der Spiegel 50/1960).

Die Sozialdemokraten stellten die stärkste Fraktion im Bezirksverband Pfalz, der gleichzeitig Hauptaktionär der Pfalzwerke war. Der Direktorenposten war damit für Bögler durchaus greifbar. Allerdings wies er keinerlei Fachkenntnis auf, im Gegensatz zu den beiden anderen Vorstandsmitgliedern. Unmut und Unverständnis machten sich im Industriegewerbe, aber auch bei den Stromversorgern breit.

Für eine Mehrheit benötigte Bögler 2/3 der Stimmen, die SPD hatte jedoch nur 7 der 12 Sitze inne, weshalb mit Hilfe der Stimme des CDU-Arbeitnehmersvertreters Eugen Moock die Wahl zugunsten Böglers ausfallen sollte. Doch Moock revidierte sein Versprechen, seine Stimme Bögler zu geben, und das Vorhaben scheiterte.

Letztlich blieb es ungeklärt, ob die SPD sich mit dieser Aktion von Bögler lösen wollte, ob er selbst dieses Amt anstrebte oder ob es womöglich sogar ein Versuch der CDU/FDP-Regierung war, den Spitzenkandidaten Bögler aus der Opposition in die Wirtschaft „zu verdrängen“ (vgl. Der Spiegel 7/1959; Der Spiegel 50/1960; Union in Deutschland 3/1962, 4).

4 Der „Fall Bögler“ 1960–1962

4.1 Der DRP-Skandal

Böglers Machtkalkül stand auch im Mittelpunkt der Vorgänge des Jahres 1960, als sich die Wahl zum pfälzischen Bezirkstagsvorsitzenden nach den Kommunalwahlen am 23. Oktober 1960 zu einem regionalpolitischen Skandal entwickeln sollte.

Ein Sack Äpfel

Zur zentralen Figur wurde August Zinßmeister, der seiner im Jahr 1949 ausgesprochenen Todesstrafe wegen der Tätigkeit als SS-Hauptscharführer entgangen war. Er wirkte ab 1960 für die rechtsextreme „Deutsche Reichspartei“ (DRP) als Abgeordneter des Bezirkstages.

Das Ergebnis der Kommunalwahlen sah wie folgt aus: Das CDU/FDP-Bündnis bekam 14, die SPD erhielt 13 und auf die neu eingezogene DRP entfielen zwei Sitze. Nach den Wahlen führte Bögler Gespräche mit Zinßmeister im Hinblick auf einen „Anschluss“ der DRP an die SPD und eine gemeinsame Mehrheit. Er soll dieses Angebot dabei als „den Sack Äpfel abholen“ bezeichnet haben (vgl. Der Spiegel 50/1960, 36–41).

Dieses Angebot, das nicht zuletzt durch die Berichterstattung des „Spiegel“ bekannt wurde, sorgte für einen Aufschrei. Der SPD-Ortsverein Kaiserslautern forderte die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages, der Ortsverein Zweibrücken sogar den Parteiausschluss und andere, z. B. Otto Schmidt, Chef der Landtagsfraktion, distanzieren sich öffentlich. Unterstützung fand Bögler weiterhin im Bezirksvorstand, der ihm sein „volles Vertrauen“ aussprach, was den Einfluss Böglers verdeutlicht (vgl. Der Spiegel 50/1960, 36–41).

Die CDU/FDP-Koalition sah nun die Möglichkeit, Bögler zu verhindern und bot der SPD freiwillig den Bezirksvorsitz an – allerdings unter der Bedingung, Bögler nicht zur Kandidatur vorzuschlagen. Diese Offerte lässt sich durch eine brisante Vorgeschichte zur Wahl des Bezirkstagsvorsitzenden im Jahr 1953 erklären, die den politischen Gegnern Böglers noch in lebendiger Erinnerung war.

Damals hatten zwei FDP-Abgeordnete, Max Keding und Erwin Rumetsch, im Bezirkstag „auf wundersame Weise plötzlich ihr Herz für die Sozialdemokraten entdeckt“ (Pieroth 1994, 348), traten aus der FDP aus und sorgten dafür, dass Bögler als Vorsitzender wiedergewählt wurde. Im Austausch dafür soll Bögler seinen zwei Fürsprechern Posten in den Pfalzwerken und der Mannheimer Stadtverwaltung versprochen haben (vgl. Pieroth 1994, 348). Das 14-monatige Verfahren wegen Bestechung wurde schließlich eingestellt, da seit dem Strafänderungsgesetz vom Oktober 1953 „Stimmenkauf unter Abgeordneten nicht [mehr] strafbar“ war (vgl. Pieroth 1994, 348).

Bei der Wahl 1960 sollen sich nun ähnliche Absprachen mit der DRP ereignet haben, als Bögler erneut im Amt des Bezirkstagsvorsitzenden bestätigt wurde. Vertreter aller Parteien empörten sich, dass die Wiederwahl mit Hilfe der DRP einem Meineid gegenüber der Demokratie gleichkäme (vgl. Der Spiegel 50/1960, 36-41). Zinßmeister sah das Abstimmungsverhalten seiner Fraktion jedoch als „Antwort der Deutschen Reichspartei auf die diffamierenden Äußerungen mehrerer CDU-Politiker“ (Union in Deutschland 50/1960, 8).

In Bedrängnis

Der „Fall Bögler“ hatte auch ein parlamentarisches Nachspiel. Am 12. Dezember 1960 wurde Bögler als Vizepräsident des Landtages das Misstrauen ausgesprochen. Der CDU-Fraktionsvorsitzende Boden gab eine Erklärung ab und sah das „für das Amt benötigte hohe Maß politischen Ansehens“ als beschädigt an (Union in Deutschland 50/1960, 8). Bögler hätte das Vertrauen der Parlamentarier durch das Bündnis mit der DRP verloren und solle daher die Konsequenzen ziehen.

CDU und FDP forderten eine sogar eine Gesetzesänderung, die am 14. März 1961 verabschiedet und die Position des Bezirkssekretärs auf eine „beratende Mitgliedschaft“ (Gleber 2003, 77) einschränken würde. Die SPD antwortete mit einer Klage gegen diese „Lex Bögler“, die vom rheinland-pfälzischen Verfassungsgerichtshof schließlich aufgehoben wurde (vgl. Pieroth 1994, 351).

Die SPD erklärte zwar mehrfach, man sei sich darüber einig, dass die Deutsche Reichspartei in der politischen Willensbildung der Pfalz keine Rolle spiele, jedoch bestand die „Koalition Hakenkreuz“, wie der CDU-Abgeordnete Helmut Kohl das Bündnis nannte (Pieroth 1994, 349), weiterhin. Bereits während der konstituierenden Sitzung des Bezirkstages kooperierten SPD und DRP und hoben den Beschluss des Jahres 1959 auf, der Böglers Wahl zum Generaldirektor der Pfalzwerke AG verhindert hatte (vgl. Union in Deutschland 50/1960, 8). Direkte Kritik aus der SPD blieb aus. Bögler selbst bestritt jegliche Absprache und „beteuerte immer wieder, dass die DRP ohne sein Zutun für ihn gestimmt habe“ (Kaiser 1999, 684).

Diese missliche Situation war nicht zu lösen. Bögler versuchte sich am 19. Dezember zu rechtfertigen und warf seinen Parteigenossen mangelnde Unterstützung vor. Er verlieh seiner Überzeugung Ausdruck, keineswegs einen „Fall“ darzustellen und bot an, sein Amt als Vizepräsident des Landtags niederzulegen. Dies geschah schließlich am 14. Januar 1961, mit der Bemerkung, „dass er sich fest an seine Partei gebunden fühle und sich ihren Entscheidungen immer unterwerfen werde“ (Die Zeit 21/1963).

Der SPD-Parteivorstand, namentlich Erich Ollenhauer, Alfred Nau und Herbert Wehner, forderte allerdings weiterhin auch den Rücktritt vom Bezirksvorsitz (vgl. Pieroth 1994, 349), was für Bögler nicht in Frage kam. Es drohte das Zerwürfnis mit der eigenen Partei; 1961 sollte für Bögler ein schweres Jahr werden.

4.2 Der „Fall“ und seine Folgen

Nun geriet Böglers Lebenswerk ins Wanken. Der Druck aus den eigenen Reihen nahm zu, da die SPD ihr beschädigtes Ansehen so schnell wie möglich bereinigen wollte. Trotz dieser Umstände konnte Bögler auch noch im März 1961 eine Mehrheit für sein Amt als pfälzischer SPD-Bezirksvorsitzender mobilisieren, nicht zuletzt weil die „Lex Bögler“ für Union und FDP erfolglos blieb. Die beiden anderen Bezirksvorsitzenden, Jockel Fuchs und Otto Schmidt, reagierten auf Bögler zunehmend distanziert, was für die bevorstehende Bundestagswahl im September keine gute Ausgangslage war. Ollenhauer bezeichnete den Landesvorstand als „Sauhaufen“ (vgl. Pieroth 1994, 351). Auch wenn die Spannungen vorübergehend beigelegt worden waren und in der Presse kaum ein Wort mehr zu der DRP-Affäre laut wurde, köchelte die parteiinterne Kritik weiter.

Unter Beschuss

Letztlich sollte eine Intrige das Ansehen Böglers beschädigen und ihn zum Rücktritt von seinen anderen Ämtern zwingen. Ein Bezirkssekretär bezichtigte Bögler, „eine minderjährige Angestellte in seinem Jagdhaus im Pfälzerwald mehrfach sexuell belästigt“ zu haben (Gleber 2003, 71). Für Bögler war das ein harter Schlag unter die Gürtellinie, da sich die Anschuldigung schnell verbreitete und auch von Ollenhauer aufmerksam verfolgt wurde (vgl. Gleber 2003, 71).

Die Zahl der Unterstützer nahm immer weiter ab. Kurz vor den Bundestagswahlen zog sich Bögler zu einer mehrwöchigen Kur zurück, um sich von schweren Kreislaufstörungen zu erholen. Seinen Bezirksvorsitz übernahmen Friedrich Wilhelm Wagner und Jakob Schunk (Bürgermeister von Pirmasens), in der Pfalzwerke AG wurde er durch den CDU-Politiker Friedrich Grass vertreten (vgl. Pieroth 1994, 352). Im Oktober 1961 kehrte Bögler zurück und äußerte in einem Brief an Ollenhauer seine Entrüstung. So kam es zu den eingangs zitierten Schlussworten, mit denen Bögler seiner Enttäuschung Ausdruck verlieh (Abb. 1):

„Darf ich nach den hier neu festgehaltenen Vorgängen nun endlich erwarten, dass Ihr mir Genugtuung verschafft oder gilt die Feststellung, die ich für mich getroffen habe, dass ich ein langes Leben für eine Idee und eine Bewegung umsonst gelebt habe.“²

² LASP, Franz Bögler an Erich Ollenhauer 01. 10. 1961.

Bögler war noch nicht zu Fall gebracht, doch er schien an seiner politischen Zukunft kaum noch Anteil zu haben. Der Rechtsausschuss des Landtags der Staatsanwaltschaft Frankenthal entzog Bögler die Immunität. Die Parteispitze der SPD forderte ihn bei einer Abstimmung am 21. Oktober 1961 zum endgültigen Abtritt aus dem Bezirksvorstand auf, dem er sich im November unwiderruflich beugte. Friedrich Wilhelm Wagner rückte an seine Stelle (vgl. Pieroth 1994, 352).

Ausschluss aus der Partei

Dass der Jurist und ehemalige Bundestagsabgeordnete Wagner durch die Neubesetzung als Bezirksvorsitzender sich verstärkt in die pfälzische Politik einbrachte, wurde von einigen Ortsvereinen kritisch gesehen. Es kam der Vorwurf auf, er wolle dadurch seine Chance auf das Amt des Vizepräsidenten des Bundesverfassungsgerichts verbessern (vgl. Pieroth 1994, 352). Das beflügelte Bögler zu einem „letzten Kreuzzug“ um die politische Existenz.

Gerüchten zufolge versuchten Bögler und einige seiner Befürworter im März 1962 eine neue „Unabhängige Sozialdemokratische Partei“ (USPD) zu gründen (vgl. Union in Deutschland 3/1962, 4). Für den Bezirksvorstand der SPD war dies eine Steilvorlage. „Obwohl eine Beteiligung Böglers nicht nachgewiesen werden [konnte]“ (Gleber 2003, 73), entschied sich die SPD am 10. März 1962 einstimmig für den endgültigen Ausschluss Böglers aus der SPD (vgl. Pieroth 1994, 353). Seine mutmaßliche Beteiligung an einer Parteigründung gab dabei nur den letzten Anstoß. Der eigentliche Grund für den Parteiausschluss lässt sich aus dem Protokoll der Bezirksvorstandssitzung vom 10. März 1962 entnehmen:

„Bögler habe die pfälzische Parteiorganisation um sich als zentralen Punkt herum gebaut. Bei ihm habe immer die Meinung im Vordergrund gestanden, ‚Die Partei bin ich‘. [...] Dadurch sei seine Tätigkeit in eine Art Diktatur ausgeartet.“³

Die „Zeit“ kommentierte: „sein unersättlicher Hunger nach persönlicher Macht ist ihm zum Verhängnis geworden“ (Die Zeit 21/1963).

Mythos

Auch ohne die Gründung einer neuen USPD brachte Böglers Karriereende für die SPD einige Veränderungen im Bezirkstag mit sich. Nun galt es, sich mit grundlegenden Dingen auseinander zu setzen, um eine „neue Diktatur“ (Gleber 2003, 74) eines Bezirksvorsitzenden zu verhindern. So endete mit Franz Böglers politischer Biographie eine Ära für die pfälzische SPD. Er sollte als „Führungsfigur, die den Mythos der Nachkriegs-SPD ausmachte“ (Gleber 2003, 74), in Erinnerung bleiben.

³ SPD PF Vorstandsprotokoll, SPD-Bezirk Pfalz, Neustadt a.d. W., 10.03.1962.

5 Ein Leben als Fall?

Franz Bögler als politische Person zu skizzieren, ist schwierig. Die Kontroversen um den „Fall“ Bögler sorgten in der zeitgenössischen Politik und Presse für eine aufgeladene Stimmung. Auch heute ist es noch eine Herausforderung, eine unabhängige Darstellung der Vorfälle zu versuchen. Die Quellen sprechen häufig die Sprache einer der verschiedenen Meinungsparteien. Eindeutig scheint nur, dass es kein unbefangenes Urteil zu Bögler gibt – und dass das Karriereende ihn selbst hart traf.

In der SPD, die Böglers ganzes Leben geprägt hatte, war er nach dem Parteiausschluss eine *persona non grata*. Geblieben waren ihm die Erinnerungen an vergangene Zeiten: Die Bürde als Exilant während der NS-Zeit, der Kampf im Widerstand, der Wiederaufbau der pfälzischen SPD, seine Zeit als „Bezirksfürst“. Vielleicht hätte er noch bis zu seinem Tod 1976 die pfälzischen Politik prägen können, hätten die Umstände seines Karriereendes dies nicht unmöglich gemacht.

Bei unseren Recherchen zu seiner Person wurde eines deutlich: Franz Bögler scheint kein einfacher Mensch gewesen zu sein, schwer zu bändigen, standhaft um manchen Preis, wenn es um die Umsetzung seiner Vorstellungen ging. Ein Urteil zu Bögler kann nur abwägend ausfallen: Die sogenannte parteiinterne „Diktatur“ eines Sozialdemokraten, der selbst im Widerstand gekämpft hatte, musste in den ersten beiden Jahrzehnten der Nachkriegszeit vielen unangebracht erscheinen. Auf anderen politischen Feldern sind sein Verdienste unbestreitbar nachzuweisen. Es wäre sicherlich falsch, Bögler allein für die hier beschriebenen Skandale verantwortlich zu machen und ihn auf die Rolle des „roten Kurfürsten“ zu reduzieren. Angemessener scheint uns die Feststellung: Franz Bögler war ein Mann mit eigenen Überzeugungen, die polarisierten und oft der politischen Realität weichen mussten.

Literatur

- Blank, Bettina (1995). *Die westdeutschen Länder und die Entstehung der Bundesrepublik. Zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Dokumente von Juli 1948.* (=Studien der Zeitgeschichte, Bd. 44). München.
- Gleber, Peter (2003). *Schon immer ein Kernstück der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Der SPD-Bezirk Pfalz in den sechziger Jahren.* (=Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 25). Mainz.
- Grass, Karl Martin (1986). *Politiker-Porträts.* In: Haungs, Peter (Hg.). *40 Jahre Rheinland-Pfalz. Eine politische Landeskunde* (255–288). Mainz.
- Kaiser, Josef (1999). *Franz Böglér (1902–1976). Der „rote Kurfürst“ von der Pfalz.* In: Geis, Manfred & Nestler, Gerhard (Hg.). *Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49* (677–685). Edenkoben.
- Küppers, Heinrich (1990). *Staatsaufbau zwischen Bruch und Tradition. Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz 1946–1955.* (=Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 14). Mainz.
- Kusch, Katrin (1989). *Die Wiedergründung der SPD in Rheinland-Pfalz nach dem Zweiten Weltkrieg (1945-1951).* (=Veröffentlichungen der Kommission des Landtages für Geschichte des Landes Rheinland-Pfalz, Bd. 12). Mainz.
- Pieroth, Stephan (1994). *Parteien und Presse in Rheinland-Pfalz 1945-1971. Ein Beitrag zur Mediengeschichte unter besonderer Berücksichtigung der Mainzer SPD-Zeitung „Die Freiheit“.* Mainz.
- Schiffmann, Dieter; Berkessel, Hans; Arenz-Morch, Angelika (Hg.).(2011). *Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gebiet des heutigen Rheinland-Pfalz.* Mainz.
- Bayern-SPD (Hg.) (1999). *Widerstand 1938–1946. Nationalsozialismus. Zweiter Weltkrieg - Neubeginn. BayernSPD Landtagsfraktion.*
<http://www.spd-landtag.de/downl/110FB1933.pdf> [24.03.2013].

Quellen

Landesarchiv Speyer (LASP), Bestand V52 Nr. 495 (Der Fall Bögler 1953 und 1961/62), Briefe und Aktenvermerke aus dem Jahr 1961.

Archiv der SPD Pfalz (Neustadt an der Weinstraße) (SPD PF), Vorstandsprotokoll, 10.03.1962, o. Nr.

Der Spiegel 7/1959, 19–20 („Bleiben Sie im Saal?“).
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-42624095.html> [24.03.2013].

Der Spiegel 50/1960, 36–41 („Kennwort Apfel“).
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43067835.html> [24.03.2013].

Der Spiegel 52/1960, 82 („Der SPIEGEL berichtet...“).
<http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-43068030.html> [24.03.2013].

Union in Deutschland 50/1960, 8 („Rotbraunes Bündnis in der Pfalz“).
http://www.kas.de/wf/doc/kas_24717-544-1-30.pdf?110902100548 [24.03.2013].

Union in Deutschland 3/1962, 4. („Böglers ‚come back‘“).
http://www.kas.de/wf/doc/kas_24774-544-1-30.pdf?110902100554 [24.03.2013].

Die Zeit 21/24. 05. 1963 („Das Ende einer Karriere. Franz Bögler, einst SPD-Chef der Pfalz, ist nicht mehr im Landtag“).
<http://www.zeit.de/1963/21/das-ende-einer-karriere/komplettansicht> [10.03.2013].

Bildnachweis

Abb. 1: Brief von Franz Bögler an Erich Ollenhauer vom 1. Oktober 1961
LASP, Bestand V52 Nr. 495.

Abb. 2: Portrait von Franz Bögler um 1957.
In: Geis, Manfred & Nestler, Gerhard (Hg.) (1999). *Die pfälzische Sozialdemokratie. Beiträge zu ihrer Geschichte von den Anfängen bis 1948/49*. Edenkoben, 683.